Editorial

Autor(en): **Kostorz, Gernot**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Bulletin / Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden = Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université**

Band (Jahr): **47 (2021)**

Heft 2

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

Gernot Kostorz

Photo: Heidi Hostettler, D-PHYS, ETH Zürich

Liebe Leserin, lieber Leser
Ideal wäre es, wenn es Experten, also Exponenten der Wissenschaft, gäbe, die immer wissen, was richtig und zudem auch noch gut ist, und die uns dann gerecht regieren können. Es liegt nicht nur an der zunehmenden Erkenntnis der Komplexität unserer Welt und den aus ihrer Erforschung resultierenden intellektuellen Herausforderungen, dass diese Vorstellung utopisch bleiben wird, denn es gibt fundamentale Einsichten, die einer Realisierung im Wege stehen. Der Konflikt zwischen den nie endgültigen Erkenntnissen der nach Wahrheit strebenden Wissenschaft und dem politisch «Machbaren», das ethischen, materiellen und Akzeptanzbedingten Begrenzungen unterliegt (besonders in demokratischen Systemen), kann weder im charismatischen Königtum noch in der Expertokratie auf Dauer gelöst werden. So begnügen wir uns heute damit, dass sich «die Politik» (d.h., alle, die ordnend in gesellschaftliche Prozesse eingreifen) von «der Wissenschaft» beraten lässt. Das vorliegende Heft beleuchtet die Situation aus aktuellem Anlass durch ein Doppelinterview mit der Ständerätin Eva Herzog und Marcel Tanner, der die «Public Health»-Expertengruppe der Covid-19 Science Task Force» geleitet hat. Grundsätzliche Einschätzungen durch Astrid Epiney, Universität Fribourg, und Bernhard Kempen, Universität zu Köln, Präsident des Deutschen Hochschulverbands, schliessen sich an.

Bewertungsproblematiken offenbaren sich im Rahmen eines Werte-basierten politischen Diskurses in Zeiten der postmodernden Pluralität besonders deutlich; Claus Beisbart, Wissenschaftsphilosoph, zeigt, dass eine Aufgabenteilung schon spätestens in der Zeit der Aufklärung diskutiert wurde und beleuchtet die Entwicklung, die uns von den Ideen des Philosophenstaates der Antike unwiederbringlich entfernt hat. Sein Ideal ist kurz zusammengefasst: Wissenschaft liefert Tatsachen «wertfrei», Politik handelt «rational» auf der Basis von Wissen und realisierbar erscheinenden Zielen.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, wie zeitlos «modern» Max Webers Vorträge vor dem Freistudentischen Bund in München 1917 bzw. 1919 noch heute wirken. So werden für «Wissenschaft als Beruf» wichtige Massstäbe gesetzt:[1] Es gilt, «einzusehen, daß Tatsachenfeststellung, Feststellung mathematischer oder logischer Sachverhalte oder der inneren Struktur von Kulturgütern einerseits, und andererseits die Beantwortung der Frage nach dem Wert der Kultur und ihrer einzelnen Inhalte und danach: wie man innerhalb der Kulturgemeinschaft und der politischen Verbände handeln solle, – daß dies beides ganz und gar heterogene Probleme sind.» Zusammengefasst ergibt sich der immer noch gültige Anspruch auf «schlichte intellektuelle Rechtschaffenheit» (wobei «schlicht» als «klar verständlich» zu lesen ist). Der Staat (samt seinem Stimmvolk) hingegen verfügt über die «sachlichen Betriebsmittel» zur Durchsetzung politischer Ziele.[2] Im «rationalen Staat» sollen materiell unabhängige Politiker verantwortlich sein, die drei Qualitäten besitzen müssen: «Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß. [...] Ob man aber als Gesinnungsethiker oder als Verantwortungsethiker handeln soll, und wann das eine und das andere, darüber kann man niemandem Vorschriften machen. [...] Nur [...]sage ich offen: daß ich zunächst einmal nach dem Maße des inneren Schwergewichts frage, was hinter dieser Gesinnungsethik steht, und den Eindruck habe: daß ich es in neun von zehn Fällen mit Windbeuteln zu tun habe, die nicht real fühlen, was sie auf sich nehmen, sondern sich an romantischen Sensationen berauschen.»[3] Erfreulicherweise überwiegt in der Pandemiediskussion weitgehend noch die Vernunft, und man kann nur hoffen, dass auch in anderen Bereichen der Politik die Verantwortungsethik Richtschnur sein möge.

Die Wissenschaft liefert das unterstützende Grundwissen für politische Entscheidungen, wie auch Michael Hengartner und Jan Egbert Sturm betonen. Wichtig im Dialog zwischen Wissenschaft und Politik ist auch die Information der weiteren Öffentlichkeit. Dazu bringt Servan Grüninger das Projekt «Franxini» ins Spiel. Anna Fill und Brita Bamert zeigen auf, wie staatliche Organe den Wissenschaften helfen können, hier, um den europäischen Forschungsrahmen am Leben zu erhalten. Didier Wernli, Bastien Chopard und Nicolas Levrat illustrieren den umgekehrten Fall, wie angehende Wissenschafts-Diplomaten mit modernen Methoden vertraut gemacht werden. Wiederum eine andere Perspektive eröffnen Martina von Arx und Sophie Girardin, die auf die mögliche Unterstützung politischer Prozesse durch junge Forschende eingehen. Schliesslich besteht eine durchaus wünschenswerte Möglichkeit der Unterstützung der Politik durch «die Wissenschaft» darin, gelegentlich qualifizierte Mitglieder der «Community» an «die Politik» abzugeben. Eine solche Grenzüberschreitung kann und muss nicht jedes Mal im höchstmöglichen Regierungsamt enden; das von Martin Quack geschilderte Beispiel lässt sich wohl kaum wiederholen, sollte aber anregend wirken.

Einen schönen Sommer und eine angenehme Lektüre wünscht

Ihr
Gernot Kostorz

1 Weber, Max: Wissenschaft als Beruf [1917, erweitert 1919]. Duncker & Humblot, München und Leipzig, 1919. Exportiert aus Wikisource am 11. Juli 2021.

2 Weber, Max: Politik als Beruf. Duncker & Humblot, München und Leipzig, 1919. Exportiert aus Wikisource am 11. Juli 2021.

3 Ibid.